

Weihbischof Franz Vorrath

Respekt – Toleranz – Fairness

Statement beim Pressegespräch zu den Aktionen von ProNRW und den Aktivitäten im christlich-islamischen Dialog im Bistum Essen

Donnerstag, 25. März 2010, 11.00 Uhr
Bischöfliches Generalvikariat

Sehr geehrte Damen und Herren!

für das heutige Pressegespräch gibt es **zwei Anlässe**.

Vor zehn Jahren hat sich der **Arbeitskreis Integration** im Bistum Essen **konstituiert**. Wie es sich für einen Arbeits-Kreis gehört, feiern wir diesen Geburtstag nicht mit einer großen Party, sondern indem wir uns in diesem Jahr mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen besonders intensiv den Fragen des christlich-muslimischen Dialogs und der Integration widmen.

Dazu gehört auch das neue **Plakat**, mit dem wir auf der Grundlage der Werte „**Respekt – Toleranz – Fairness**“ für ein Miteinander von Christen und Muslimen im Ruhrgebiet werben. Die Personen, die auf dem Plakat zu sehen sind, sind keine Statisten, sondern Christen und Muslime, die sich im interreligiösen Dialog engagieren. Wir möchten Ihnen daher heute nicht nur das Plakat, sondern auch die Protagonisten vorstellen und Sie über die Aktivitäten des Arbeitskreises Integration informieren.

Der **zweite Anlass** sind die Aktionen der rechtspopulistischen Bewegung **ProNRW** und der **NPD**, die ab morgen hier in Essen, aber auch in Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Gelsenkirchen, Bochum und Herten stattfinden. Sie sind Bestandteil einer **fremden- und islamfeindlichen Kampagne**, die das friedliche Zusammenleben der Kulturen und Religionen bedroht.

Die sozialen Probleme im Ruhrgebiet sind ebenso wie die immer noch bestehenden Defizite

im Bereich der Integration hinlänglich bekannt. Sie haben ganz unterschiedliche Ursachen und können nur durch gemeinsame Anstrengungen unter Beteiligung der Moscheevereine und der muslimischen Mitbürger gelöst werden. Wir sind froh, dass sich diese Sicht in der Politik mehr und mehr durchgesetzt hat. Dabei ist nicht erkennbar, dass die Gruppierung ProNRW sich mit konstruktiven Vorschlägen oder Initiativen in die Integrationsdebatte einbringt.

Gerade Nordrhein-Westfalen und die Ruhrgebietsstädte sind auf einem guten Weg, wenn einerseits von staatlicher und kommunaler Seite eine aktive Integrationspolitik betrieben wird und gleichzeitig die Migrantenselbstorganisationen und die Moscheevereine in die Pflicht genommen werden, ihren Beitrag zu leisten. **Proteste gegen den Islam und die Muslime, Moschee- oder Minarettverbote lösen kein einziges Problem.**

Der Arbeitskreis Integration hat bereits 2001 in einer Orientierungshilfe zu Moscheebau und Muezzin-Ruf festgestellt, dass **Muslimen in Deutschland grundsätzlich das Recht haben, würdige Moscheen zu errichten.** Die deutsche Bischofskonferenz hat diese Position in ihrer Arbeitshilfe „Christen und Muslime in Deutschland“ aus dem Jahr 2003 bekräftigt.

Angesichts der Auseinandersetzungen um größere Bauvorhaben von muslimischen Vereinen unter anderem in Köln, Frankfurt, München und Berlin hat die Bischofskonferenz 2008 erneut an die Erklärung über die Religionsfreiheit erinnert, die das Zweite Vatikanische Konzil verkündet hat. „Unzweifelhaft“, so heißt es in dem Bischofswort von 2008, „gehört zu dieser Sicht der Religionsfreiheit auch das Recht der Muslime auf den Bau würdiger Moscheen.“

Auch ein **Minarettverbot**, wie es ProNRW und NPD jetzt fordern, **ist mit wirklicher Religionsfreiheit nicht zu vereinbaren.** Dem entspricht auch unser Grundgesetz, das die Religionsfreiheit als Menschenrecht umfassend gewährleistet, das heißt, es schützt nicht nur die individuelle Glaubensfreiheit, sondern auch die gemeinschaftliche Ausübung der Religion. Dazu gehört auch das Recht, im Rahmen der für alle geltenden Gesetze und Vorschriften religiöse Gebäude zu errichten.

An diesem Detail wird bereits deutlich, dass ProNRW – anders als ihre Sprecher und Parolen behaupten – eben nicht die Retter des Abendlandes sind. Vielmehr bestätigt sich, was der Verfassungsschutz und Gerichte festgestellt haben: **ProNRW greift zentrale Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung an.** Neben der Missachtung der Religionsfrei-

heit verstößt ProNRW regelmäßig gegen das Diskriminierungsverbot, indem Ausländer und insbesondere Muslime herabgesetzt und ausgegrenzt sowie als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen dargestellt werden. Äußerungen von ProNRW zielen regelmäßig darauf ab, Ablehnung und Hass gegen Ausländer und Muslime zu schüren.

Die Befürwortung voller Religionsfreiheit für Muslime in Deutschland und die von der Kirche unterstützten Bemühungen um eine gleichberechtigte Beheimatung von Muslimen in unserer Gesellschaft schließen das **Recht auf Kritik im Einzelfall** nicht aus. In einer demokratisch verfassten Gesellschaft, die auch in religiöser Hinsicht pluraler wird, dürfen, ja müssen auch Debatten über Moscheebauprojekte, über die Rolle der Moscheevereine im Integrationsprozess, über die Einflussnahme des türkischen Staates und über Spannungen oder Widersprüche zwischen religiös begründetem Verhalten und den Werten des Grundgesetzes geführt werden.

Als Kirche verurteilen wir jedoch alle Versuche, die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung politisch zu instrumentalisieren, wie es von ProNRW und der NPD getan wird. **Kritik ist erlaubt, Hetze nicht.** Auch in besonders kontroversen Debatten müssen gegenseitiger Respekt, Toleranz und Fairness die Grundlage bleiben.

Mit den Angriffen auf die Religionsfreiheit, der Diskriminierung von Ausländern und Muslimen sowie mit dem Verstoß gegen das Gebot der Fairness sind nicht nur demokratische, sondern auch zentrale christliche Werte berührt. Unser Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck hat daher gemeinsam mit Bischof Dr. Felix Genn, Präses Dr. Alfred Buß und Präses Nikolaus Schneider in einem „**Gemeinsamen Wort zum Zusammenleben der Religionen**“ festgestellt, dass die **Positionen von ProNRW mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar sind.**

Dieses gemeinsame Wort, das heute veröffentlicht wird und das Sie in Ihren Pressemappen finden, geht auch darauf ein, dass ProNRW die Aktionen am kommenden Wochenende unter das Motto „Abendland in Christenhand“ gestellt hat. Den Versuch, mit dieser Formulierung Christen für ProNRW zu vereinnahmen, wiesen die Bischöfe und Präsides auf das Entschiedenste zurück. **ProNRW spricht in keiner Weise für die evangelischen Landeskirchen und katholischen Bistümer im Ruhrgebiet.**

Um dies deutlich zu machen, finden in den Eingangs genannten Städten verschiedene von Veranstaltungen statt, die von den Kirchen initiiert sind oder mitgetragen werden. Die Bi-

schöfe und Präsidens rufen die Christen dazu auf, **sich an den von den Kirchen vor Ort mitgetragenen Veranstaltungen für ein Zusammenleben mit Muslimen und gegen die Aktionen von 'Pro NRW' zu beteiligen.**

Die Bischöfe und Präsidens bitten die Christen schließlich darum, auch weiterhin den Kontakt zu den muslimischen Nachbarn zu suchen und für den gegenseitigen Abbau von Vorurteilen einzutreten. Genau dafür will über das kommende Wochenende hinaus auch das **neue Plakat** unseres Arbeitskreises Integration werben, auf das ich nun noch kurz eingehen möchte.

Das Plakat zeigt acht Personen aus dem Ruhrgebiet, die sich an unterschiedlichen Orten für den interreligiösen Dialog engagieren. Drei Personen, Frau Pfarrerin Sowa, Herr Soyhun und ich selber, sind durch ihre religiösen Gewänder als Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche und des Islam erkennbar. Damit kommt zum Ausdruck, dass die Beheimatung in der eigenen Religion und die **Treue zum eigenen Glauben** ebenso eine Voraussetzung für den interreligiösen Dialog ist, wie die **Offenheit für Menschen anderen Glaubens.**

Es geht nicht um eine Vermischung oder darum, die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen dem Glauben der Christen und der Muslime zu ignorieren. Es sollen vielmehr die ebenfalls vorhandenen Gemeinsamkeiten entdeckt und die Unterschiede so erklärt werden, dass die gegenseitige Verständigung fortschreitet.

Die **Begegnung von Christen und Muslimen beschränkt sich nicht auf Podiumsdiskussionen.** Der christlich-muslimische Dialog vollzieht sich in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen. Exemplarisch stehen die acht Personen auf dem Plakat für die Bereiche Kindergarten, Schule, Jugendarbeit, Bildungsarbeit, Frauenarbeit, Moscheeverein, Kirchengemeinde / kirchliche Einrichtung und Kommune.

Mit den Begriffen „**Respekt – Toleranz – Fairness**“ sind die **drei zentralen Werte für das Zusammenleben** in der multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft benannt. Vielfalt kann nur dann als Bereicherung erlebt werden, wenn Konflikte auf der Grundlage dieser Werte ausgetragen werden.

Die Formulierung „**Christen und Muslime für das Ruhrgebiet**“ bringt zum Ausdruck, dass das Ziel des interreligiösen Dialogs der gemeinsame Einsatz für Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Frieden ist. Der Abbau von Vorurteilen und Feindbildern, das Bemühen

um gegenseitiges Verstehen und der Aufbau von tragfähigen Beziehungen sind erste Schritte im christlich-islamischen Dialog, die auf den Dialog des Handelns zielen.

Das Plakat wird heute allen katholischen Gemeinden und Einrichtungen im Bistum Essen zugeschickt. Der KiTa-Zweckverband im Bistum Essen versendet das Plakat an seine katholischen Kindertagesstätten. Interessenten können das Plakat kostenlos beim Arbeitskreis Integration bestellen

Die transportable Plakatwand wird am morgigen Freitag bei einem Friedensgebet der Religionen in Essen-Katernberg und am Sonntag im Rahmen des Kulturprogramms in Duisburg-Marxloh erstmals zum Einsatz kommen. Sie kann anschließend für Veranstaltungen und Aktionen im christlich-islamischen Dialog kostenlos ausgeliehen werden.